

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

198 (19.7.1919) Erstes Blatt

Bezugspreise:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1,50 M., vierteljährlich
4,50 M., an
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1,30 M.,
vierteljährlich 3,90 M.
Auswärts durch
die Post frei ins
Haus gebracht monatlich
1,80 M., vierteljährlich
5,40 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Verlos. Schriftst. und
Schulbücher
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Verlos. Schriftst. und
Schulbücher
Ritterstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtdirektor: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Genossen: Carl Seiffert; für Inserate: Paul Kaufmann. Druck und Verlag: C. A. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telefon-Nr. 1511. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erlosch, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 198.

Samstag, den 19. Juli 1919

Erstes Blatt.

Parteilampf in der Schulfrage.

Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet:

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes gelangte am Freitag zum 4. Abschnitt der Grundrechte, der in den Artikeln 139 bis 147 von Bildung und Schule handelt. Es ist bekannt, daß es hierbei zu wiederholten tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und Sozialdemokraten gekommen ist und daß es wiederholt den Anschein hatte, als ob ihre Koalition darüber in die Brüche gehen sollte. Den Kompromißfunktoren des Zentrums ist es aber schließlich gelungen, durch einen neuen Schulkompromiß, der scheinbar auch der sozialdemokratischen Weltanschauung Rechnung trägt, den Bruch zu verhindern. Neben der Bekennerschule, der Simultanschule, kam auch die weltliche Schule, die völlig bekenntnisfrei, als gleichberechtigte Schule in die Verfassung. Aber im Zentrum sitzen kluge und erfahrene Leute, die genau wissen, was es für ihre Weltanschauung zu bedeuten hat, daß die konfessionelle Schule und der religiöse Unterricht ebenfalls in der Verfassung verankert sind. Und wenn sie es noch nicht gewußt haben sollten, was allerdings nicht anzunehmen ist, so werden sie es in den ausgedehnten Reden der Demokraten Seiffert und Luppe erfahren haben. Der Unabhängige Kerner, der übrigens sehr sachlich und ruhig sprach, sagte den Sozialdemokraten ins Gesicht, das Zentrum habe einen großen Schritt vorwärts gemacht, die Sozialdemokratie aber ginge immer weiter zurück. Auch die Deutsche Volkspartei bekämpfte den Kompromiß sehr lebhaft und befürchtete davon immer wieder neue Kämpfe gegen und für die konfessionelle Schule. Der Deutsch-Nationalen Volkspartei die in den Fragen der konfessionellen Schule auf dem Boden des Zentrums steht, behauptet der Kompromiß ebenfalls. Die Reichsregierung dagegen gab durch den Mund des Reichsministers des Innern, Dr. David und des Unterrichtssekretärs Schulz, der zugleich als Redner der Mehrheitssozialisten auftrat, dem Schulkompromiß den Segen mit auf den Weg. Auch hierbei trat deutlich zutage, daß ausschließlich politische Gesichtspunkte für die Lösung der Schulfrage maßgebend gewesen sind.

Der Stimmungsbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 18. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.40 Uhr und teilt mit, daß heute auch ein Teil des argentinischen Senats eingetroffen ist, in dem er die höchste Vertretung für die Beendigung des Krieges zum Ausdruck bringt und die Hoffnung ausspricht, daß dies der Beginn eines allgemeinen Wiederaufbaues sein möge. Der Präsident bittet um die Entlassung der argentinischen Deputiertenkammer, wie dem Senate darstellend zu erwidern.

Interfragen.

Abg. Lauerer (D.N.) fragt, was die Regierung zu tun gedenke gegen die Verleumdung, die die Sozialistische Partei zu ersehen.

Geh. Rat Frh. v. Besser erwidert, daß Bäume nicht auf Weinbergen wachsen, sondern nur nach Vorgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen entpflanzt werden können.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung gegen einen Entschluß des medienberühmten Reichsministers des Innern, wonach frühere aktive Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzuwerben sind, zu tun gedenke.

Geh. Rat Frh. v. Besser erwidert, daß die Reichsregierung Veranlassung nehmen werde, die Angelegenheit nachzuverfolgen.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt ergänzend, was gegen den medienberühmten Minister für Vorkommnisse getan werden würde, der nach seiner Erklärung nur Beamte von außerordentlich sozialdemokratischer Gesinnung einstellen will.

Geh. Rat Frh. v. Besser: Das ist eine vollkommen neue Frage, auf die die Reichsregierung nicht antworten kann.

Abg. Kamppe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um die immer mehr um sich greifenden Klümpchen auf das nachdrücklichste entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze versagen.

Unterrichtssekretär Dr. Schulz: Wo die Strafgesetze nicht zureichen, wird eine entsprechende Ergänzung bei dem Strafrecht erwogen werden.

Abg. Dr. Oberführer (D.N.) fragt, was die Reichsregierung gegen eine, um der planmäßigen Bekämpfung des roten Soldatenbundes, gerichtet auf die innere Ermüdung der freiwilligen Regimenter, entgegenzutreten.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß dagegen eine Ausklärung der Truppen organisiert ist, ferner auch Schulz und Jurisprudenz für die Mannschaften, gesetzliche Vorkehrungen für entlassene Freiwillige eingeleitet seien und Aufwache gegen die Verheerungen erlassen wurden.

Abg. Dr. Mittelmann (D.N.) fragt wegen der Vorgänge in der Nacht zum 10. Juli in Berlin an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtliche Gesten und Verhöhnung gereizt haben und schließlich in Schußdistanz genommen werden mußten.

Frh. v. Besser: Die von der preussischen Regierung eingeleiteten Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Bei den Interpellationen Seiffert (D.N.) und Arnstadt (D.N.) wegen der Landarbeitertreue erregt der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Dr. Rehn, den lärmenden Unwillen der Versammlung durch seine kalte Haltung, in der er die Zustände zu erklären sich weigert.

Die Interpellation wird demnächst beantwortet werden.

Das Haus legt die Beratung des Verfassungsentwurfes bei dem Abschnitt

Bildung und Schulen

fact, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkompromiß als Antagonismus, Gröber und Gen. vorkommt. Abg. Weiß (Dem.) als Berichterstatter: Dieser Teil des Verfassungsentwurfes leitet die Entwicklung des Bildungswesens, den organischen Ausbau der Schule und die Regelung ihres Verhältnisses zwischen Kirche und Staat ein. Die Antinomie der Kirche an dem Religionsunterricht ist gelöst, ebenso aber auch die Selbstständigkeit der Schule und die des Staates. Der Einheitschule wird damit vorgeschrieben. Reichsminister des Innern Dr. David: Mit der Vereinbarung, die in dem Kompromiß zwischen zwei Grundentscheidungen getroffen ist, wird sich auch die

Streikende Landarbeiter.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Kaum ist die Gefahr eines allgemeinen deutschen Eisenbahnerstreiks behoben, und kaum ist der viel wirtschaftliche Hemmnisse mit sich bringende Großberliner Verkehrsstreik beendet, da zünden die Flammen auf einem ganz anderen ebenso wichtigen Gebiete des nationalen Lebens auf: Ein Landarbeiterstreik in Norddeutschland, besonders in Pommern, bedroht die Ernte, und die Maßnahmen, die von den Provinzialbehörden dagegen ergriffen wurden, führten zu einem Sympathiestreik anderer Arbeitsschichten, darunter wiederum der Eisenbahner in Pommern, worauf schließlich die Bürgerkriegsgefahr in den Städten mit dem Arbeiterstreik antwortete oder zu antworten sich bereit macht. Das sind verhängnisvolle Zustände, die, wenn sie nur kurze Zeit so weiter dauern, das ganze Volk rettungslos an den Rand des Abgrundes bringen müßten.

Die preussische Regierung, in erster Linie das zuständige preussische Landwirtschaftsministerium, ist von Anfang an bemüht gewesen, eine Schlichtung der Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeizuführen. Wie schwer ihr das gemacht worden ist, hat der Minister Braun gestern in der Preussischen Landesversammlung mit rücksichtsloser Offenheit dargestellt, und die Entgegnungen, die von konservativen Vätern kamen, können viele erste Anzeichen des Ministers gegen die Unbelehrbarkeit der pommerschen Junken nur unterfassen, denn ohne in vorurteillose Einseitigkeit zu verfallen, darf man doch wohl behaupten, daß die Kreise Vorpommerns, des eigentlichen Herdes der Volksbewegung, von jeder eine Hauptdomäne des jüngerlichen Großgrundbesitzes gewesen sind. Auch Hinterpommern und Dönhofschen standen an Feindlichkeit nicht zurück.

Die Einzelheiten, die Minister Braun über die Art der dortigen Unruhen, von ihrem Herrschaftspunkt alle Verhandlungen illusorisch zu machen und über die Verhandlungen des zur Vermittlung abgeordneten Regierungskommissars machte, passen auch gut in das bekannte Bild.

Auf der anderen Seite aber ist der Landarbeitertreue zweifellos von spartakistischen und kommunistischen Agitatoren geschürt worden, denen die Vorbedingungen dafür durch die vierjährige Kriegsabwesenheit der früher keineswegs leicht beeinflussbaren Arbeiter geschaffen worden sind.

Dies zeigen sich also von neuem die verhängnisvollen Folgen der großen Nachgiebigkeit der Regierung gegen die Des- und Organisationsfähigkeit der Unabhängigen und ihres kommunikativen Flügel. Schließlich stehen doch bei einem Ernststreik so gewaltige Volksinteressen auf dem Spiel, daß mit dem theoretischen Recht von Gleichheitsbegriffen, die den Landarbeiter nicht benehmen wollen, schlechterdings nicht auszukommen ist.

Wir haben noch immer viel Vertrauen in den gesunden Sinn unserer Bevölkerung gesetzt, daß wir an einen schnellen Erfolg der neuen Verhandlungssaktion glauben. Ob die Verhängung des Belagerungszustandes dabei falsch war, ist nach allen bösen Erfahrungen der letzten Monate sehr schwer zu sagen. Die Regierung, die in einer scharfen Kontrolle des innerlichen Herrschaftspunktes durchaus im Rechte ist, würde aber heute immer mehr erkennen müssen, daß eine schematische Durchführung jenes gleichen Rechtes für alle unumgänglich ist, wenn alle aus der sozialistischen Weltanschauung zunächst nur das Recht zur rücksichtslosen egoistischen Lohnforderung herausleiten.

Viele sozialistische Mitglieder der Regierung haben das auch bereits eingesehen, man denke nur an die Forderung Wellers. Aber die 40-jährige Agitationsvergangenheit lastet auch auf der Mehrheitssozialdemokratie zu schwer, als daß sie mit der nötigen Entschiedenheit der Parteiautorität erklären könnte: Unter den heutigen Verhältnissen wird das theoretische Streikrecht zum praktischen Verbrechen an der Allgemeinheit. Es genügt nicht, wenn einzelne mutige Männer oder Blätter das tun. Die Partei als solche muß sich dazu aufraffen und nicht davon zurückschrecken, daß der Trennungsschritt nach links dann viel schärfer gezogen werden wird.

Regierung einverstanden erklären. Da keine Ansetzung zum Ausschuss eine Mehrheit fand, mußte eine Vereinbarung getroffen werden. Der organische systematische Aufbau des ganzen Schulwesens ist eine der ersten Grundbedingungen der Volkserziehung. Doch bedeutet es, daß Kinder unbemittelter Eltern Erziehungshilfen erhalten sollen. Das bedeutet eine soziale Gerechtigkeit gegenüber den Einzelnen wie gegen den Staat. Dem Staat ist nichts so wichtig, als wenn er seine Kinder wegen Mangel an Ausbildung nicht biossend verwenden kann. Wir schaffen die Voraussetzung eines religiösen und sozialen Friedens, der ein hartes Gemeinschaftsgefühl im deutschen Volke schafft wird.

Abg. Schulz (Christliche D.N.): Wir haben keine Veranlassung, uns über das jetzige Schulkompromiß besonders zu freuen. Vom pädagogischen Standpunkt aus wünschen wir nicht, daß die Schule in die politischen Streitfragen hineingezogen wird.

Die Frage der Gebietsänderung im Reich.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 18. Juli. Die Aenderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs durch Vereinigung oder Trennung von Gebieten steht die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung durch Reichsrat. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsrat erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegend allgemeines Interesse ist erweist.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten es verlangt. In allen Fällen, auch wenn es sich um Abtrennung eines Teiles eines Bezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen Bezirks festzustellen.

Zum Abschluß der Gebietsänderung sind drei Viertel der Stimmen der zur Wahl zum Reichstag berechtigten einetwaenen Wähler des abzutrennenden Bezirks notwendig. Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung die Abtrennung durch Reichsrat anzuordnen. Einseitig bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögens- und schuldrechtliche Angelegenheiten, so entscheidet darüber auf Antrag einer Partei der Staatsratspräsident. Die Bestimmungen des Artikels 18 Abs. 2-6 treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft.

Dr. Lipp.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

München, 18. Juli. Im Hochverratsprozeß gegen den Bremer Meister und weiland Verkehrsminister der Münchener Republik, Gustav Kaufmann, der mit Beurteilung zu 24jähriger Festhaftung erbeut, hat der Angeklagte als Beweis für die Verwirklichung im Neutralität, die ihn zum Richteramt veranlaßt hatten, folgenden Brief des Reichsministers für Auswärtige Angelegenheiten des einst auch in Karlsruhe tätigen Dr. Lipp vorgelesen. Das Dokument führt die Geistesverfassung nicht allein des nun in einer Keilanzahl untergezeichneten Schreibens, sondern seiner ganzen Memorandumfassung an und lautet: „Mein lieber Antbruder! Ich habe an Württemberg und die Schweiz den Krieg erklärt, weil diese Länder nicht die 66 Kolonien mit sofortige Weisheit überlassen haben. Ich bin sicher, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich auf bekannt bin, für diesen Sieg erleben.“

Der Basler Parteitag und die dritte Internationale.

(Eigener Drahtbericht.)

Genève, 18. Juli. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz beschloß, dem ordentlichen Parteitag in Basel den sofortigen Eintritt in die dritte Internationale anzuempfehlen. Ein Minderheit trat für den Antrag ein, dem Parteitag diesen Beitrag nicht zu empfehlen. Ferner wurde ein Zusatzantrag Reinhard angenommen, wonach der Parteivorstand den Parteitag beauftragt, die Geschicklichkeit aufzufordern, mit der reaktionären Proletariatsparteien in Verbindung zu treten und eine Einheit des internationalen Proletariats im Sinne und Geiste und auf dem Boden der dritten Internationale herbeizuführen.

Aenderung im britischen Kabinett.

(Eigener Drahtbericht.)

Rotterdam, 18. Juli. Dem Neuen Rotterdamschen Courant zufolge hat Vonnar Law dem Unterhaufe mitgeteilt, daß beabsichtigt wird, die Zusammensetzung des Kabinetts zu ändern. Ein bestimmtes Datum könne er dafür noch nicht angeben.

Von der britischen Finanzlage.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 18. Juli. (Reuters.) Am Unterhaufe teilte Chamberlain mit, daß die sämtlichen Einzahlungen aus dem Suezkanal 718 Millionen Pfund betragen, davon 539 Millionen neues Geld. Man könne dies, wenn man die enormen Umstände in Betracht ziehe, als ein durchaus befriedigendes Ergebnis bezeichnen. Die finanzielle Lage sei immer viel schmerzlicher auf, und es sei sowohl in der nationalen Finanzierung als auch in privaten Ansätzen große Umsicht nötig.

Die spanische Kabinettsliste.

(Eigener Drahtbericht.)

Madrid, 18. Juli. (Hoff.) Der König ist von Santander kommend, hier einetroffen und hat Maura empfangen. Dato hat die Kabinettsbildung aus Gründen der großen Mühe, die diese für ihn bringe, aufgeschoben und dem König andere Vorschläge vorgelegt, die seinen Wünschen entsprechen können.

Abg. Gröber (Str.): Wir haben uns im Ausschuss einmütig für die soziale Einheitschule ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichtes ist es schon im Ausschuss gelungen, eine Lösung zu finden. Die übrigen Punkte dagegen sind erst durch den Kompromiß einer Lösung entgegengeführt worden, der wir ausnahmslos in der Lage sind, es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Weiterentwicklung des deutschen Volkes sein muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Seiffert (Dem.): Unsere Jugendziehung muß die Stärkung der sozialen und der politischen Gesinnung bezwecken. Die Stenographie, die unzureichend und unvollständig gewesen ist, muß fallen und auch für die armen Kinder muß die Bahn frei werden. Wir treten dafür ein, den Volksschullehrern den Weg zur höheren Bildung frei zu machen. (Beifall links.) Der Schulkompromiß hat zu unseren größten Bedauern die Anrichtung der konfessionellen Gemeinschaften verbunden. Wir lehnen die Verantwortung für das Ergebnis ab und betonen gleichzeitig, daß unsere Ansicht die als schmerzhaft ist uns empfinden würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten: „Nicht unsere Schuld“)

Abg. D. Traub (D.N.): Wir sind der alten Schule dankbar für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Belasten wir die Schule nicht mit den vielen Aufgaben. Der Kompromiß ist unvollständig. Wir halten die ursprüngliche Vorlage für besser. Den Kompromiß hatten wir für eine Verleumdung. Er bedeutet die Vertrennung des einheitlichen nationalen Schulwesens.

Abg. Arn (Str.): Die Verfassung sieht die schulpflichtige Schulbildung vor. In dieser Hinsicht werden Entscheidungen beim Übergangsvorgang zu treffen sein. Auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichtes bis zum 18. Lebensjahre ist nicht notwendig.

Unterrichtssekretär Schulz: Die Fortbildungspflicht muß, wenn notwendig auch in aller Schonung, durchgeführt werden. Zweifel über den Begriff der Erziehungsabrechnung dürfen nicht bestehen. Die Frage wird geklärt werden. Eine staatliche Einheitschule werden wir nicht haben, solange der Charakter des Schulwesens nicht einheitlich ist. Es ist keine staatliche Einheitschule, wenn keine geistige Gemeinschaft besteht. Was wir erstreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus, um damit auch den Kampf zwischen Eltern und Schulhaus aus der Welt zu schaffen.

Am 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 1/4 Uhr verlegt.

Vizepräsident Kaufmann eröffnet die Sitzung um 4.10 Uhr.

Abg. Weiermann (D. N.): Wenn es gelänge, die Einheitschule der Schule und die Einheitschule des Religionsunterrichtes herbeizuführen und gleichzeitig dem Religionsunterricht den ihm gebührenden Platz in der Schule zuweisen, so wäre alles gegeben, was billigerweise von den Schulärzten gefordert werden kann. Die Ausdehnung der Schulzeit ist ein Übergang mit Dingen, die nicht in die Verfassung gehören. Wenn gemäß dem Entwurf Unterricht in Staatsbürgerkunde verlangt wird, so muß und kann das Friedensbündnis dazu dienen, Frieden vor Ungerechtigkeit einzuführen. Der Unterricht muß auch nicht notwendig die Vorkenntnisse herbeiführen. Schaffe er erst einmal die Volkserziehung im sozialen Geist. Voraussetzung für unsere Weiterentwicklung ist, daß wir Persönlichkeiten erziehen. Wir treten dafür ein, daß die Bekennerschule und Simultanschulen, wo sie geschichtlich begründet sind, erhalten bleiben. Im übrigen wünschen wir aber, daß alle Parteien auf einem gemeinsamen Boden an dem Schulaufbau arbeiten. Er ist gegeben in der Erziehung zum Deutlichkeit und sozialen Sinne. Dann müßte allerdings die Parteipolitik aus der Schule fern gehalten werden. Für die Schule der Zukunft muß die sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte maßgebend sein. Wir dürfen den Kindern nur das Beste bieten. Sozial- und deutschbildende Lehrer werden die rechten Führer für die neue Zukunft Deutschlands sein. (Beifall, Beifall rechts.)

Abg. Kuhnert (U. S.): Wir verlangen volle Einheitschule und Unparteilichkeit der Schule. Was uns die Vorlage auf dem Wege zu diesem Ziele bringt, ist nichts weiter als ein Wörtchen, eine gültige Abkündigung. Die Sozialdemokratie ist treu für die Weltlichkeit der Schule eingetreten. Heute ist die Mehrheitssozialdemokratie im Besitz dieses Prinzipes, was zu tun ist, die Schule an das Zentrum zu veranlassen. Die Auffassung, daß die Einheitschule nur durch Religion denkbar sei, ist ein unzulässig rücksichtloser Zustand. Die natürliche Moral ist ganz autonom. In diesem Sinne verlangen wir die religiöse Schule. Freilich, wir wissen, daß dieses Ziel erst erreicht werden kann, wenn das Proletariat seine Widerstände zu Boden geworfen hat.

Abg. Dr. Philipp (D. N. G.): Das Schulkompromiß wird nicht das Ende des Schulkampfes, sondern der Anfang eines neuen Schulkampfes sein, der in die Schule hineingetragen wird. Wir stellen uns auf den Boden der Bekennerschule des Verfassungsausschusses. Es ist jetzt wahrlich nicht angebracht, den Geist der Volkervereinigung in der Schule in der Verfassung festzuhalten. Das die Gebilde Andersdenkender in der Schule gesondert werden sollen, darauf legen wir Wert.

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Der Kompromiß ist juristisch unklar. Der Schulkampf wird weiter gehen. Ein besonderes Gesetz soll die Dinge weiterregeln. Dieses Gesetz wird nicht sofort kommen, und ich glaube, die Sozialdemokraten werden froh sein, wenn es nicht sofort kommt. Es ist ein Grundfehler des Kompromisses, daß er nicht die konfessionelle Verfassung herbeiführt, sondern vom ersten Tag an die Konfessionen überläßt.

Abg. Franz Mos (D.N.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Wir fordern und bitten wollen den Beschluß der Volkervereinigung in der Verfassung haben, damit wir nicht noch einmal einen so furchtbaren Krieg erleben.

Abg. Meineländer (Str.): Die neue Schule wird Freude an der Arbeit werden. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gehört. Am und einverstanden, kann Deutschland seiner Jugend als beste Anstalt für eine reiche feste Bildung geben und den Gedanken: Wir wollen durch unsere Leistungen und Tüchtigkeit den Ehrenplatz unter den Völkern wieder erlangen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Hr. Dr. Rosenfeld (Soa.): Durch den Schlußkompromiß wird keine konfessionelle Versplitterung erzeugt, sondern im Gegenteil ihr vorgebeugt. Wir hatten ursprünglich die weltliche Schule beantragt. Sie wurde mit Hilfe der Demokraten abgelehnt. Die Vorzüge des Reichsschulgesetzes wollen wir mit allem Nachdruck in kürzester Frist herbeiführen. Nur noch einige Worte zur politischen Lage, die aus dem Vertrag resultiert. Er wird in hinführender Weise eine Gefahr für unsere Volksherrschaft durch das Zentrum. Niemand wird dem Zentrum eine ungleiche Rolle zuerkennen. Es wäre aber die unglücklichste Politik, die gemacht werden könnte, wenn das Zentrum jetzt ein ständiges Feuer zur Entfesselung der Parteien führen würde. Die Demokraten haben sich in der schmerzlichen Stunde unseres Volkes den politischen Verantwortung entzogen, aber ich werde nicht an, zu erklären, selbst wenn wir die absolute Mehrheit in diesem Hause hätten, müßten wir die Gefährdung anderer denkender Teile unseres Volkes in Betracht ziehen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Wir wollen keinen neuen Kulturkampf, schon mit Rücksicht auf die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterbewegung.

Hr. Gaebe (U. S. P.): Diese Vereinbarung bedeutet eine glatte Unterwerfung unter das Zentrum. Alles, was das Zentrum gewinnlich hat, es bei diesem Kompromiß durchgesetzt. Was das Zentrum bei der Abstimmung in der Kammer bleibt, wird es sofort konfessionelle Privatparteien begründen.

Hr. Hoffmann (Soa.): Die konfessionelle Schule soll nicht den Weg nehmen.

Hr. Dr. Weis (Dem.): Warum haben sie auch (zu den Sozialdemokraten) das Kompromiß wieder fallen lassen, das im Ausschuss unter Mitwirkung sämtlicher Parteien zustande gekommen war. Nur deshalb, weil das Zentrum in sehr kluger Weise die Situation auszunutzen, um so mehr Zugehörigkeit für sich herauszuholen.

Damit schließt die Besprechung. Vor der Abstimmung bezweifelt Hr. Gaebe die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Kammerpräsident ergibt die Anwesenheit von 218 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlußfähig, da dazu nur die Anwesenheit von 212 Mitgliedern erforderlich ist.

An der Abstimmung werden die Artikel 139 bis 142 in der Ausschussfassung angenommen. Auch Antrag Rosenfeld (Soa.): Der Unterricht und die Vermittlung dürfen nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Fortbildungsschulen unentgeltlich sein.

Die Artikel 143 bis 146 werden in der Kommission des Kompromisses nach dem Antrag Loebe-Gröber gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten, der Unabhängigen angenommen.

Einigkeitlich wird dem Kompromiß nach der Bestimmung des Kompromisses nach dem Antrag Loebe-Gröber gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten, der Unabhängigen angenommen.

Die große politische Aussprache beginnt am Mittwoch mit den Reden der Minister.

Nächste Sitzung Samstag, 19. Juli, 9 1/2 Uhr vormittags. Behandlung der Rolle in Gold und Kleineren Vorlagen. Schluß 8 1/2 Uhr.

Der Welt-Protent-Generalstreik.

Am Montag, 21. Juli, ist großer Welt-Protent-Generalstreik! Die sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens haben, wie bereits gemeldet, für diesen Tag allgemeine Protestaktionen und Demonstrationen gegen den Versailles Friedensvertrag angesetzt. Was man will, ist in dem kürzlich erfolgten Beschluß des Nationalrats der vereinigten sozialistischen Parteien Frankreichs formuliert worden. Man will die von den alliierten Regierungen beantragten Anträge gegen die Selbstständigkeit beider Völkermassen an den Franzosen stellen und die vollständige Umgestaltung des Versailles Friedensvertrages. Es braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden, daß dieser Beschluß des Nationalrats für Frankreich nicht die geringste praktische Bedeutung hat. Die sozialistische Partei vertritt in der Kammer über 95 Stimmen. Da sich ein großer Teil davon der Stimme enthält, wird schließlich 46 Deputierte offen gegen den Versailles Vertrag. Und wer im übrigen den Bericht über den Barriere-Triumphpzug und die Siegesfeierlichkeiten ablehnt, läßt jede Hoffnung fahren. Gegen jenen chauvinistischen Rausch und Wahnsinn kommt kein Protest von ein paar Dutzend Sozialisten an. Auch nicht in England, wo Lord George die Volksseele durch die Aussicht auf Kräfte und Scheiterhaufen in wüthender Erregung hält. In Italien haben die Sozialisten nur den Nummertreue und die Lebensmittelpolitik, während ihnen im übrigen die Unrechtfertigkeiten des Versailles Friedensvertrages als Hauptgegenstand dienen. Über so wertvoll ein kritisches Urteil der Neutralen über die Versailles Schandtat wäre, es müßte von den Regierungen und dem ganzen Volk ausgeben, nicht von einer Partei, die als kleinste ihre Kräfte gegen Kapitalismus, Bourgeoisie usw. in den Protesten wirft und den Klassenkampf führt, wo sie Völkerverfehlung betreiben will. Also alles in allem, die Aktion des 21. Juli hat nur wenig Wert. Denn sie ist einseitig und dient ausschließlich reinen Parteizwecken. Sie ist weder patriotisch, noch sozialistisch bedeutungsvoll. Und außerdem hält sie die Menschen von ihrer kaum beanorgenen Friedensarbeit ab. Wie verhält sich nun Deutschland, das freierfüllte, zu diesem Weltstreik? Am vergangenen Mittwoch forderte der Parteivorstand der Unabhängigen zur Vereinfachung am Weltstreik des 21. Juli auf. Noch am selben Tage fand sich im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Mehrheitssozialdemokratie, ein Artikel, der (verschiedene untere Artikelnummer Seite 2 „Demonstrationsstreik der Sozialdemokraten Europas“) die arbeitslosen Arbeiter gegen die Demonstration des 21. Juli ankerte. Am nächsten Morgen brachte der „Vorwärts“ dann an leitender Stelle den Aufruf der Parteivorstandes, der die Parteiorganisationen auffordert, die Aktion der Genossen in den Ländern der Entente mit der deutschen zu vereinen und sie zu einer Kundgebung aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten. Der sozialdemokratische Parteivorstand in Groß-Berlin fordert im „Vorwärts“ die Parteigenossen auf, sich in Massen an den Versammlungslagen vom 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu beteiligen, um „neuen den Gewaltfrieden, gegen den Imperialismus, für die allgemeine Völkerverfehlung und für den Aufbau unseres Wirtschaftens“ nicht im Freien, sondern in Lokalen zu demonstrieren. Von allgemeiner Arbeitseube wird ausdrücklich Abstand zu nehmen gebeten.

Die Gestaltung des Friedens.

Die lahngelagte Konferenz.
Paris, 18. Juli. Mehrere Blätter melden, daß einzelne Ausschüsse der Friedenskonferenz nicht arbeitsfähig sind, weil Präsident Wilson vor seiner Abreise die amerikanischen Vertreter anwesend habe, die sich in dem Ausblick, auf die Amerika-Abreise habe, zurückziehen, bis der amerikanische Senat den Friedens-

vertrag ratifiziert habe. Präsident Wilson vertrete den Standpunkt, daß jeder Vorbehalt, den der Senat mache, einer Ablehnung des Friedensvertrages gleichkomme.

Japans Vertreter.

Paris, 18. Juli. (Wolff.) Der erste Vertreter Japans bei der Friedenskonferenz Marquis Sainai ist gestern abend aus Paris abgereist.

Clemenceau nicht ermordet.

Paris, 17. Juli. Das Gerücht von der Ermordung Clemenceaus ist absolut falsch. Es ist nichts vorzufallen, was ein derartiges Gerücht rechtfertigen könnte.

Deutsch-österreichischer Vorschlag.

St. Germain, 18. Juli. (Wolff.) Die deutsch-österreichische Friedensdelegation überreichte eine Note, die den Vorschlag bearbeitet, der Friede möge so abgeschlossen werden, daß die Grenzen und die völkerechtliche Stellung Deutsch-Österreichs, sowie die Beziehungen des Friedens zwischen Deutsch-Österreich und den kriegführenden Mächten im Friedensvertrage selbst erörtert, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalstaaten aber einem besonderen Abmachungsprotokoll angeschlossen werden. Der Friedensvertrag möge auf diesem Wege einen internationalen Austausch für die Nationalstaaten schaffen, in den Vertreter aller Nationen und der fünf Großmächte aufgenommen würden.

Eine weitere Note der erwähnten Delegation enthält die Forderung der Weisheit, daß viele Bestimmungen des Friedensvertrages für Industrie und Handel Deutsch-Österreichs unzulässig und unannehmlich seien, weil sie ihnen die anderen Staaten annehme. (Wolff.)

Der deutsche Botschafter für Wien.

Wien, 17. Juli. Den Abendblättern zufolge hat Prinz Wilhelm zu Stolberg die Führung der Geschäfte der deutschen Botschaft übernommen.

Die Ueberhebung der Polen.

Berlin, 18. Juli. Der Transport polnischer Truppen durch Deutschland ist seit dem 8. Juli wieder aufgenommen. Die Gesamtzahl der durchgeführten polnischen Geschäfte ist bis jetzt auf 700, darunter 200 Infanterie, gekommen. Dieses deutsche Entgegenkommen beunruhigt die Polen in der polnischen Front damit, daß es auf der ganzen Demarkationslinie keine Patrouille festsetzt. So neuerdings bei Konarzewo bei Warschau und bei Wrobin nordöstlich Warschau. Vier wurde auch diesseits der Demarkationslinie ein härterer deutscher Posten überfallen und gefangen genommen.

Englischer Camf.

London, 17. Juli. (Reuter.) Smuts, der gestern früh nach Südafrika abgereist ist, drückt in einer Abschiedserklärung mit Nachdruck darauf, dem früheren Feinde Mißtrauen und Verachtung zu zeigen. Seit Monaten kämpfte in der Republik die Macht in gleicher Weise gegen die militärische Reaktion wie gegen die Anarchie. Sie verdiente deshalb Gerechtigkeit und Anerkennung. Wir sollten, sagt Smuts, unser Bestes tun, um Deutschland Stabilität zu geben und es zum Völkerverbund anzuschließen. Was Rußland betrifft, so sollten wir als unparteiische und wohlwollende Freunde und Helfer auftreten.

Dom amerikanischer Senat.

Washington, 17. Juli. (Reuter.) Der Senat hat die Vorlage, durch die die fünfjährigen Schiedsgerichtsabkommen mit Holland, Italien und Spanien verlängert werden, ratifiziert.

Paris, 18. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter des „Times“ meldet: Senator Borah habe im Senat erklärt, wenn England und Frankreich ihr Wort, die Unantastbarkeit der Rechte Chinas zu achten, brechen sollten, so stehe es ihnen frei, dies zu tun. Die Vereinigten Staaten haben keinen Weg nicht. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei für niemanden ein Geheimnis, daß die Klauen über Schantung sowohl von Präsident Wilson als auch von England und Frankreich gegen das Verbrechen Japans, Schantung an China zurückzugeben, angenommen worden seien. Es geht das Gerücht, daß das Staatsdepartement sich bald darüber äußern werde.

Badischer Landtag.

Die Stellung der badischen Parteien zu den Reichsfinanzplänen.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Haushaltsausschusses des Bad. Landtags besprach man die Stellungnahme zu dem bekannten Steuerplan des Reichsfinanzministers, das gesamte Steuerwesen der Gemeinden und den Einzelstaaten auf das Reich zu übertragen und die Verantwortung für die Erhebung der Steuern durch die Reichsbehörden vornehmen zu lassen.

Das Zentrum erklärte sich unter den obwaltenden schwierigen Finanzverhältnissen bereit, die Einkommensteuer dem Reich zu überlassen und dieses auch mit der Veranlagung der Erhebung sowie mit der Kontrolle darüber zu betrauen. Dagegen müsse gefordert werden, daß Baden von den eingehenden Steuern einen Betrag zurückhalte, der seinen finanziellen Bedürfnissen entspreche. Vor allem sei zu klären, wie sich die finanzielle Lage der Gemeinden in Zukunft gestalten werde.

Der Rechner der Demokraten sprach sich dahin aus, daß im Interesse der Erhaltung des Reichs eine einheitliche Steuerordnung nicht mehr abzulehnen werden könne und daß auch eine einheitliche Veranlagung und gleichmäßige Durchführung nicht zu umgehen sei. Dagegen müsse für Staat und Gemeinden die finanzielle Selbstverwaltung und ein gehörender Anteil an dem Ertrag der Steuern gesichert werden.

Die Sozialdemokratie erklärte, daß auch sie die Einkommensteuer dem Reich übertrage, denn sie wolle das Reich retten. Ohne eine einheitliche Veranlagung und ohne Kontrolle durch das Reich sei dieser Weg nicht gangbar. Gefordert werde, daß insbesondere die Steuern für den Wirtschaftensleben nicht im Freien, sondern in Lokalen zu demonstrieren. Von allgemeiner Arbeitseube wird ausdrücklich Abstand zu nehmen gebeten.

den Teilbetrag für die Gemeinden, der aus den Einkommen der Bundesstaaten und die Gemeinden zurückfließt, dem Beschlusse der letzteren entsprechend verteilen müssen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter regte an, daß die Gemeinden das Steuerzuschlagsrecht bekommen sollen. Der Finanzminister bezeugte, daß dies möglich sei, da an sich schon die Steuerkraft des Einzelnen durch das Reich ungenügend angespannt werde.

Das Badische Landesstheater.

Bei der Beratung der Landesstheaterfrage wurde bekanntlich beschlossen, nochmals mit der Stadt Karlsruhe in Verbindung zu treten, um bei ihr einen anderen Vorschlag zu erwirken. Wie wir hören, haben zwischen Vertretern der Regierung, einigen Mitgliedern des Haushaltsausschusses und dem Stadtrat bereits Verhandlungen stattgefunden, wobei sich die Stadtverwaltung bereit erklärt hat, 50 Prozent des Defizits zu übernehmen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die nächste Sitzung des Badischen Landtags
wird am kommenden Dienstag, den 22., nachmittags stattfinden. In dieser Sitzung soll die Stellung der Regierung und der Parteien zu den Reichssteuerplänen beraten werden. Im Hinblick darauf wird an den folgenden Tagen die Beratung der neuen badischen Steuerentwürfe erfolgen. Schließlich steht noch der 5. Nachtrag zum Staatsbudget in Aussicht.

Der Fall Leger.

Gelegenheit der Besprechung der Dr. Koenigsberger'schen Intervention im Badischen Landtag über die Reform der Universitätsverwaltung wurde, namentlich vom Reichsratsabgeordneten, erklärt, daß der Geh. Med.-Rat Dr. Leger, der als Nachfolger des Geh. Rates Dr. Krastel auf den Lehrstuhl der Chirurgie an der Universität berufen worden ist, Affinitäten und eine Oberdrehung von der Universität Siena nach Freiburg mitzubringen wolle. Kultusminister Dummel leate in einzelnen die Gründe dar, die Geh. Rat Leger zur Stellung dieser Bescheidungen bewogen hätten: bei sachlicher Erwägung der ganzen Angelegenheit konnte man eigentlich nicht behaupten, daß sie unangebracht wären. Nun veröffentlicht die medizinische Fakultät der Freiburger Universität eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Herr Leger hatte schon vor Kenntnis der Landesverhandlungen am 2. Juli der Fakultät auf ihren Wunsch erklärt, daß er auf das Wirbelsäulen-Operationschirurgie versähe und auch nur drei von seinen bisherigen Affinitäten nach Freiburg übernehmen wolle. Wir leuen aber weiter Gewicht darauf ausdrücklich zu betonen, daß es kein sachliche Gründe sind, die bei der Abwahl, einen Teil seiner Hilfskräfte auf sein neues Tätigkeitsfeld mitzunehmen, für Herrn Leger bestimmend waren. Wenn auch die Grundidee, nach denen heutzutage operative Chirurgie betrieben wird, überall die gleichen sind, so beruhen doch die Erfolge der modernen Chirurgie auf einem nicht geringen Teil auf einer strengsten Disziplin des gesamten klinischen Betriebes, die der Einheit des Operateurs in diesen Einzelheiten angedacht sein muß. Der gesamte Verlauf der Operation wird nicht nur durch die Geschicklichkeit und die Kenntnisse des Operateurs selbst, sondern auch durch das Verständnis und die Reibung seines Hilfspersonalen gewährleistet, das auf die Befehle seines Leiters einigermassen einigermassen ist. Es liegt also nur im Interesse der Kranken, wenn der Chirurgie bei einem Ortswechsel sein annehmliches Verhältnis teilweise mitbringt und damit die alatte Durchführung der Operationen ohne störende Unterbrechung zum ersten Male seiner Tätigkeit anzu sichern sucht. Es ist ferner aber in Betracht zu ziehen, daß bei einem solchen Wechsel der neue Leiter der Klinik aus seinen eigenen bisherigen Affinitäten gegenüber dem Verständnis und ihrer Förderung übernehmen mußte, um sämtliche Mitarbeiter auf längere Zeit an sich zu fesseln, wie es sowohl das Interesse der Lehr- und Fortbildungsinstitute, wie das der Krankenbehandlung erfordert. Es wird immer nöthig sein, einen gewissen Kompromiß zur Erfüllung der Affinitätenwünsche am alten und am neuen Tätigkeitsort zu schließen. Es handelt sich also bei der Uebernahme des Verfalls keineswegs um einen „alten Rob“, wie sich ein Redner im Landtage ausgedrückt hat, sondern um eine Uebung, die der Entwidlung der Chirurgie und somit in letzter Linie dem Wohle der Kranken entspricht. Jeder, der, wenn auch an sich dazu berechtigt, mit seiner Kritik in diese Einzelheiten des klinischen Betriebes einwirft, sollte sich dabei überlegen, welche schwere Verantwortlichkeit er damit namentlich den Kranken gegenüber übernimmt.“

Badische Politik.

Der 25. Städtetag der mittleren Städte Badens.

Su der in Gidingen abgehaltenen 25. Tagung der mittleren Städte Badens waren von 65 Verbandstädten die Vertreter von 47 Städten erschienen. Der Verbandsvorsitzende Bürgermeister Dr. Weis überbrachte eine eingehende Geschäftsbericht. Danach hat im Vordergrund der Arbeiten des Ausschusses die Sicherung der Rechte und Freiheiten der Städte im neuen Staat gestanden. Begrüßenswert sei gewesen, daß das Selbstbestimmungs- und Verwaltungsrecht der Gemeinden eine Verankerung in der Verfassung gefunden habe, wenngleich das nicht als vollwertiger Erfolg für die verloren parlamentarische Vertretung in der früheren ersten Kammer betrachtet werden könne. Der Rechner begrüßte die sofortige Inangriffnahme der Verhandlungen der Gemeinde- und Städteordnung, erklärte aber, daß die Lösung, die die Frage der Kreisveränderung, nicht den Wünschen der Städte entspreche. Zu neueren Vorschlägen der Städteordnung solle der Reichstag in der nächsten Sitzung bei der Regierung vorstellig zu werden, damit das Recht zur Errichtung eigener Jugendämter den Städten ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl gewährt wird.

An der Aussprache wurde u. a. die Ausdehnung der Mittelstandsbüro, Fragen der Eingangssteuer und der Baukostenzuschüsse erörtert.

Zur Frage der Revision der Gemeinde- und Städteordnung lag ein Antrag des Ausschusses vor, der Städteordnung solle im Ermächtigen, bei der Revision der Gemeinde- und Städteordnung die bisherigen Forderungen weiter zu betonen. Eingehend besprochen wurde hierbei die Uebertragung der Baukosten auf die Städte. Es wurde verlangt, daß die Baukosten auf die Städte übertragen werden, die eigenen Stadtkassen eingestrichelt haben oder einrichten. Aus dem weiteren Verlauf der Verhandlungen ist noch zu berichten, daß Bürgermeister Dr. Nikolaus in Weismünz zum Ehrenmitglied des Ausschusses ernannt worden ist.

Im weiteren Verlauf ihrer Tagung haben die mittleren Städte Badens noch verschiedene Anträge angenommen und zwar zunächst einen solchen über die Errichtung von Elternbeiräten an den Schulen. Dieser Antrag, der Annahme fand, spricht sich dafür aus, daß an den Mittelschulen eine aus-

reichende gewählte Elternvertretung in den Eltern einzufragen und diesem das Recht zu geben ist, durch einen Vertrauensmann sich von den Unterrichtsleistungen der Schule zu überzeugen. An den Volksschulen soll die Schulkommission durch einen Teil gleicher Art ersetzt werden und die Rechte und Pflichten der Gemeinden in Bezug auf die Schulen, soweit sie sich nicht für den Beirat eignen, der Bahngemeinschaft durch die Gemeindeverwaltung selbst übertragen werden. Ein weiterer Antrag bezog sich auf eine vom Landesverband der Gemeinde- und Handwerkervereine mitgeteilte Entschädigung, in der eine zeitliche Verbesserung des Verdienstes der Gemeindefürsorge für städtische Arbeiten und Lieferungen gewünscht wird. Der Städtetag sprach sich hierzu dahin aus, es möge den Städten empfohlen werden, dieser Entschädigung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Auch mit der Eröffnung neuer Steuerquellen für die Gemeinde befaßte sich der Städtetag. Ein Antrag wünschte, die Regierung möge im Hinblick darauf, daß Reich und Staat durch eine weit ausgedehntere Inanspruchnahme einer Reihe von Steuern den Gemeinden erhebliche Steuereinnahmen entziehen, den Gemeinden die Möglichkeit eines anderweitigen Ersatzes eröffnen. Die näheren Ausführungen dieses Antrages wurden dem Antrag die Zustimmung der Versammlung, wonach durch Vermittlung der badischen Regierung an die deutsche Reichsversammlung die Bitte gerichtet werden soll, durch ein Rahmengesetz die verschiedenen Einkunftsarten einschließlich der Gemeindefürsorge auf eine gemeinsame sichere Rechtsgrundlage zu stellen. Eingehende Vorschläge wurden zu diesem Antrag gemacht.

In den Geschäftsführenden Ausschuss wurden Johann noch neugewählt: der Bürgermeister Dr. Weis, Dr. Loebe und Krüger. Zu Ehrenmitgliedern wurden die insoweit Mitglieder von ihrem Gemeindeauschuss aus dem Ausschuss scheidenden Bürgermeister Weis, Dr. Nikolaus und Schill ernannt.

Sonntagsruhe.

Nach einer Mitteilung unseres Weinheimer a-Mitarbeiters nahm das dortige Gewerkschaftsamt eine einstimmige Entschädigung gegen die Wiedereröffnung der Sonntagsarbeit an, wobei sich die Weinheimer Arbeiterkammer vollständig mit den kaufmännischen Angehörigen erklärte. Ein Protest in diesem Sinne wurde an das badische Arbeitsministerium abgeandt.

Aus Baden.

Fahrplanänderungen.
Am Montag, den 21. Juli treten nachfolgende Fahrplanänderungen in Kraft: Der Zug 321, letzter Karlsruhe ab 6.32 Uhr nachmittags, Heidelberg an 9.18 Uhr, verkehrt künftig Karlsruhe ab 6.45 Uhr nachmittags, Heidelberg an 9.28 Uhr.
Der Zug 1233, bis Freiburg ab 5.08 Uhr nachm., nach dem Ersatz, wird durchweg 7 Minuten später gefahrt: Freiburg ab 5.15 Uhr, Elzach an 6.27 Uhr.
Die weiteren Verkehrszeiten sind bei den Stationen zu erfahren.

Entlassung der während des Krieges im Bureau-dienst eingezogenen Hilfskräfte.

Mit Rücksicht auf die stellenlosen Militärämter und Kriegsteilnehmer erscheint es nach einem Schreiben des Reichsministeriums dringend geboten, die während des Krieges einestellenen Hilfskräfte zu entlassen und die Stellen mit Bewerber aus der Zahl der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsbefehlshaber und Militärämter zu besetzen. Dabei muß auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der zu entlassenden Personen abgesehen Rücksicht genommen werden. Hierfür haben in erster Linie die Hilfskräfte auf Entlassung zu kommen, die nicht unbedingt auf den Erwerb angewiesen sind. Als solche kommen vor allem die weiblichen Hilfskräfte in Frage, die im Haushalt der Eltern leben und von ihnen ausreichend unterstützt werden können, sowie Frauen, deren Männer ansehnliche Einkommen zur Erhaltung der Familie haben. Um den Gehilfen die Möglichkeit zu geben, sich um eine andere Stelle zu bewerben und um Karten zu bekommen, kann die Bundesregierung mit einer Frist von vier Wochen erlauben. Kriegseingeworbene sind in letzter Linie zu entlassen; vor der Bundesregierung ist mit den Kriegsteilnehmern Rücksicht zu nehmen. Bis 1. Oktober 1919 muß die Maßregel allgemein durchgeföhrt sein.

Als Ersatz für die Hilfskräfte sind in erster Linie freizugebende Beamte, Militärämter oder Kriegsteilnehmer einzustellen. Soweit es sich um Stellen handelt, die im Bene der Auftragsbehörde zu werden pflegen, sollen in diese Beamte von nachgeordneten Behörden einberufen werden, damit in ihre Stellen, selbst wenn diese nur betriebsmäßig zu besetzen sind, wieder Militärämter oder Kriegsteilnehmer einrücken können.

Es dürfte ferner zu erwägen sein, ob nicht auch die Hilfskräfte der Kommunalverbände und der Gemeindeverwaltungen durch Militärämter und Kriegsteilnehmer ersetzt werden können.

Karlsruhe, 18. Juli. Der Bad. Müllerbund hält am Sonntag, den 27. Juli, hier im Gasthaus „Zum Goldenen Adler“ seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Neben den von dem Vorsitzenden Dr. Decker gehaltenen Vorträgen über den Geschäftsbericht steht im Vordergrund der Tagesordnung die Wahlangelegenheiten von Altkreis Müller-Steinhausen über den Wahlstand der Landesversammlung, während Landtagsabg. Dr. Siller-Schüttgen über Finanzwirtschaft und freie Wirtschaft sprechen wird.

rr. Mannheim, 18. Juli. (Sig. Draht.) Die Bevölkerung des von den kriegführenden Beamten und Hilfsangehörigen geforderten Vorkaufes auf die von der Stadtgemeinde zu gewährenden Leihungsausgabe war an die Zustimmung des Bürgerausschusses gebunden. Da den Bürgerausschuss die Regelung der ganzen Frage in möglicher Höhe unterbreitet wird und dem Bürgerausschuss nicht zugemutet werden kann, einen Vorkauf auf diese Zulage zu gewähren, deren Höhe noch nicht feststeht, so muß die Gewährung eines Vorkaufes einmündig unterbleiben. Es ist anzunehmen, daß der Stadtrat im Juli und der Bürgerausschuss Anfang August zur Sache Stellung nehmen wird. Doreist ist den Angehörigen zur Bekämpfung von Winterordnungen ein Monatsgehalt als Vorkauf ausbezahlt worden. — Für die Aufhebung von 17000 M. vom Stadtrat genehmigt, für Unterhaltung von Dorfbauten (Schülerbäder usw.) sollen 140000 M. angefordert werden.

Waldbrunn, 18. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl ist der bisherige Bürgermeister von Waldbrunn (bei Schwabmünchen) Selmlina mit 43 von 62 Stimmen gewählt worden.

Sausch, 18. Juli. Der Währige Landwirt Georg Friedrich Weiszer aus Wipach wurde in der Nähe des hiesigen Bahnhofs von einem Zug überfahren und sofort getötet. Es dürfte ein Unfallfall vorliegen.

Waldbrunn (bei Waldbrunn), 18. Juli. Beim Feueranbruch mit Petroleum entstand eine Explosion, bei der die 4jährige Tochter der Straßenwärtin Marie Steiert schwere Verbrennungen erlitt.

